

Unsere politischen Parteien und die militärische Landesverteidigung

Autor(en): [s.n.]

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **ASMZ : Sicherheit Schweiz : Allgemeine schweizerische Militärzeitschrift**

Band (Jahr): **141 (1975)**

Heft 4

PDF erstellt am: **13.09.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-49575>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern. Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Unsere politischen Parteien und die militärische Landesverteidigung

Trotz allen schönen Worten – nicht zuletzt in Ratssälen – sind die Militärausgaben in den letzten 10 Jahren sowohl im Vergleich zu den Gesamtausgaben als auch zum Bruttosozialprodukt um rund ein Drittel zurückgegangen. Dies, obwohl wir in verschiedenen Sparten der materiellen Rüstung so weit in Rückstand geraten sind, daß nachgerade die Glaubwürdigkeit unserer Wehranstrengungen auf dem Spiele steht. Die kürzliche Spardebatte in den eidgenössischen Räten hat teilweise erschreckend unbekümmerte Voten über weitere Einsparungsmöglichkeiten auf Kosten der Armee erbracht. Es schien uns deshalb – nicht zuletzt zur Erinnerung der Politiker – geboten, hier einmal das Verhältnis unserer politischen Parteien zur militärischen Landesverteidigung an Hand der Programme und Grundsatzklärungen festzustellen. Wir stützen uns dabei auf die Publikation: «Schweizerische Parteiprogramme», Sinwel-Verlag, Bern 1973.

Christlich-Demokratische Volkspartei der Schweiz

Die «Grundsätze und Ziele christlich-demokratischer Politik» vom 12. Dezember 1970 enthalten keinen Hinweis auf die Landesverteidigung.

Hingegen setzt sich das – in der Sinwel-Publikation nicht verarbeitete – Aktionsprogramm 71, S. 44ff., ausführlich und höchst positiv mit den Problemen der Gesamtverteidigung auseinander.

Evangelische Volkspartei der Schweiz

«Wille zur geistigen, wirtschaftlichen und militärischen Landesverteidigung unter Bejahung der Schwertgewalt des Staates.»

«Wille zur politischen und militärischen Neutralität des Landes, ohne den einzelnen zur Gesinnungsneutralität zu verpflichten.»

Freisinnig-Demokratische Partei der Schweiz

«Die Partei tritt zur Wahrung der Unabhängigkeit und Neutralität der Eidgenossenschaft sowie zum Schutze der Rechte und Freiheiten der Bürger und für die Wehrhaftigkeit des Volkes

auf Grund der allgemeinen Wehrpflicht ein. [...]

Forderungen:

«Erhaltung einer starken, gut ausgebildeten und mit modernen Verteidigungsmitteln ausgerüsteten Milizarmee. Vorbereitung wirksamer Schutzmaßnahmen für die Zivilbevölkerung.»

Landesring der Unabhängigen

«Höchste Anspannung aller Kräfte zur Erhaltung und Mehrung der Wehrkraft.»

Liberal-Demokratische Union der Schweiz

«Die Liberale Partei tritt mit Nachdruck für die Landesverteidigung ein, und zwar nicht nur auf militärischem Gebiet. Wir haben uns seinerzeit den Schlußfolgerungen der «Mirage»-Untersuchungskommission widersetzt, weil sie uns allzusehr als das Resultat eines Kuhhandels unter den Parteien erschien. Unserer Ansicht nach gab es keinen Skandal, und die von der Kommission vorgeschlagene Lösung entsprach nicht den nationalen Interessen.

Im weiteren sind wir der Ansicht, daß die militärische Wehrkraft längst nicht mehr der einzige Faktor für die

Sicherung der Unabhängigkeit des Landes ist. «Mehr als auf hypothetischen militärischen Schlachtfeldern», so formulierte es einer unserer Vertreter in Bern, «geht es heute auf dem Schlachtfeld der wissenschaftlichen Forschung um die Wahrung der Unabhängigkeit einer Nation.» Die Wissenschaftspolitik wird damit mehr und mehr zu seiner Grundlage für die Unabhängigkeitspolitik unseres Landes und zu einem Bestandteil der Landesverteidigung im weiteren Sinne.»

Nationale Aktion

«Angesichts des Kampfes um die Weltherrschaft zwischen kapitalistischen und kommunistischen Ideologien sowie angesichts der hohen militärischen Rüstungsaufwendungen der Großmächte ist die Kriegsgefahr trotz Anzeichen einer vorübergehenden Entspannung sehr real. Als Folge der Bevölkerungsexplosion und des vorauszu sehenden Mangels an Rohstoffen und Nahrungsmitteln wird die Kriegsgefahr in den kommenden Jahrzehnten noch zunehmen, wobei die besonders stark überbevölkerten und rohstoffarmen europäischen Länder in eine ausgesprochen gefährliche Lage kommen werden. Die aus ökologischen Überlegungen abgeleiteten Maßnahmen zur Sicherung des Überlebens und der Unabhängigkeit des Schweizervolkes sind daher nur dann sinnvoll, wenn sie durch Maßnahmen für eine wirksame Landesverteidigung ergänzt werden.

Die in Prozenten des Bruttosozialproduktes ausgedrückten Militärausgaben der Schweiz gehören im internationalen Vergleich zu den tiefsten. Sie haben in den letzten Jahren ständig abgenommen und sind gegenwärtig auf einem Stand angelangt, der die Ausrüstung der Armee mit modernem Material in Frage stellt. Dieser Entwicklung ist Einhalt zu gebieten. Die Militärausgaben sind wieder auf ein Maß zu erhöhen, das die Aufrechterhaltung einer wirksamen Landesverteidigung erlaubt.

Gleichzeitig sind jedoch auch große Anstrengungen zu unternehmen, um die Ursachen der in einem zu bedeutenden Teil des Volkes, besonders aber bei der Jugend verbreiteten Ablehnung der militärischen Landesverteidigung zu beheben. Dies kann nur dann erreicht werden, wenn durch die beschriebenen bevölkerungs-, wirtschafts- und sozialpolitischen Maßnahmen die große Mehrheit des Schweizervolkes wieder überzeugt wird, daß sich der militärische Aufwand für die Erhaltung der Schweiz mit ihren in der Welt einzig dastehenden politischen Volksrechten lohnt.»

Partei der Arbeit

«Der Krieg ist eine Seite des Imperialismus. Der Kapitalismus zwingt die sozialistischen Staaten zu militärischen Verteidigungsanstrengungen, die ihren Fortschritt verlangsamen.

Der Kampf für den Weltfrieden, für die friedliche Koexistenz, für die Verhinderung eines neuen allgemeinen Krieges und zur Bannung der atomaren Gefahr sind ein Teil des Kampfes gegen den Imperialismus. Er kann und muß um die kommunistischen und Arbeiterparteien die breitesten Volksmassen sammeln, alle Menschen, die glücklich leben und nicht leiden und anderen Leid zufügen wollen.

Als Folge der vom Imperialismus aufgezwungenen Militarisierung der Welt und dem dem Kapitalismus eigenen Streben nach Maximalprofit, verschlechtern sich die Lebensbedingungen der großen Mehrheit der Menschen nicht nur in den unterentwickelten Ländern, sondern auch in den Industriegebieten. [...]

Die Nuklearversuche, die Verwendung chemischer Waffen in Vietnam, die Vorratshaltung an bakteriologischen Waffen gefährden das genetische Erbe der Menschheit und zerstören das Leben. Der Rachen der Aufrüstung verschlingt ungeheure Summen, die man für die Gesundheit und die Wohlfahrt der Menschen und zum Schutze der Natur verwenden könnte.

Die Partei der Arbeit der Schweiz fordert: die Herabsetzung der übersetzten Militärausgaben, entsprechend einer neuen Konzeption der Landesverteidigung, ihres ausschließlich defensiven Charakters auf der Grundlage der Milizarmee und der vollen Unabhängigkeit von allen Militärblöcken. Ein großer Teil der heutigen Militärausgaben kann und soll für die Erweiterung der Infrastruktur des Landes verwendet werden: für die Dienstverweigerer soll die Möglichkeit einer Zivildienstleistung geschaffen werden.»

Schweizerisch Republikanische Bewegung

«Wir verteidigen die für alle Zeiten gültige Maxime der bewaffneten Neutralität als Garant für das innere Gleichgewicht der Schweiz und für ihr Recht auf Eigenständigkeit.»

Schweizerische Volkspartei

«Die SVP befürwortet die Aufrechterhaltung der schweizerischen Neutralität und Unabhängigkeit.

Die SVP betrachtet als wichtigste Mittel zur Wahrung der nationalen Unabhängigkeit die geistige, zivile,

wirtschaftliche und militärische Landesverteidigung.»

Sozialdemokratische Partei der Schweiz

«Die Sozialdemokratische Partei der Schweiz unterstützt die auf die Einigung Europas und der Welt in einer freiheitlichen demokratischen Föderation gerichteten Bestrebungen. Die Sozialdemokraten bejahen damit grundsätzlich die Notwendigkeit für die Schweiz, sich den Vereinten Nationen anzuschließen: dabei ist die militärische Neutralität unseres Staates zu wahren. Die historische Tradition und die geographische Lage der Schweiz gebieten im Lebensinteresse unseres Volkes diese Neutralität. Sie dient dadurch, daß sie die Entfaltung vielfacher humanitärer Tätigkeiten ermöglicht, erfahrungsgemäß auch den andern Nationen. Diese Sonderstellung befreit uns aber nicht von der Aufgabe, an den Bemühungen der Vereinten Nationen zur Wahrung des Friedens solidarisch mitzuarbeiten. In Übereinstimmung mit der Sozialistischen Internationale setzt sich die Sozialdemokratische Partei der Schweiz für eine allgemeine und kontrollierte Abrüstung ein.

Die Zusammenarbeit aller Nationen und eine großzügige Unterstützung der Entwicklungsländer sind notwendig, um die durch Kolonialpolitik verschärfte Gegensätze zwischen weißen und farbigen Völkern zu überwinden. Unser Land muß den wirtschaftlich und technisch weniger entwickelten Völkern in uneigennütziger Weise helfen.

Die Schweiz muß die zum Schutze ihrer Unabhängigkeit und ihrer Neutralität notwendigen Maßnahmen treffen, solange weltpolitische Spannungen die Menschheit mit Krieg bedrohen und eine den Frieden sichernde Politik der Großmächte nicht besteht. Die Landesverteidigung beschränkt sich nicht auf das militärische Gebiet; sie umfaßt alle Maßnahmen und Tätigkeiten, die im wirtschaftlichen, sozialen und geistigen Bereich dazu beitragen, den Widerstandswillen des Volkes zu stärken.

Alle Maßnahmen der Landesverteidigung sind unter Berücksichtigung der Verhältnisse unseres Kleinstaates so zu planen, daß bei volkswirtschaftlich tragbarem Aufwand die größtmögliche Wirkung erzielt wird. Zur Finanzierung der Rüstung sind hohe Einkommen und Vermögen angemessen heranzuziehen. Die Gewinne der Rüstungsindustrie sind durch staatliche Kontrolle von Produktion und Gestehungskosten zu beschränken. Der Staat hat überdies die Waffenausfuhr

zu kontrollieren. Die Militärausgaben dürfen den weiteren fortschrittlichen Ausbau der Sozialpolitik nicht beeinträchtigen. Die schweizerische Armee muß eine Volksarmee bleiben. Auch bei den aus militärisch-technischen Gründen vorzunehmenden Änderungen ihrer Organisation ist an der Milizarmee festzuhalten. Die Dienstordnung soll die innere Freiheit und persönliche Würde des Wehrmannes respektieren. Für die Dienstverweigerer aus Gewissensgründen ist eine menschlich befriedigende Lösung zu finden, insbesondere durch Schaffung eines Zivildienstes.» Sbr

Der «Schwarze Peter»

Der Entscheid um die finanziellen Abstriche am EMD-Budget ist gefallen. Die Armee ist um weitere 60 Millionen Franken ärmer!

Ursprünglich wollte der Bundesrat 80 Millionen Franken einsparen, und zwar ausschließlich beim Militärdepartement. Die Räte waren mit diesem Vorschlag nicht einverstanden und folgten den Anträgen ihrer Finanzkommissionen. Geändert hat sich an der ursprünglichen bundesrätlichen Forderung praktisch nichts; gerettet wurden lediglich 20 Millionen Schweizer Franken.

Was mich als jungen Staatsbürger an der ganzen Sparübung besonders negativ beeindruckt hat, ist nicht nur der Entscheid, sondern vielmehr die unrühmliche Art und Weise, mit welcher sich unser Parlament aus der Affäre gezogen hat. Mit «Bravour» haben es unsere Volksvertreter wieder einmal verstanden, sich um eine eindeutige Stellungnahme zugunsten unserer Armee und Landesverteidigung zu drücken.

Nicht besonders ruhmhaft reagierten auch die verschiedenen militärischen Vereine unseres Landes. Nach den vehementen Protesten gegen die 80-Millionen-Kürzung blieb es nach dem zweiten Bundesratsbeschluss merkwürdig still im Blätterwald. Wo blieb das «feu sacré»? Leiden die Wehrvereine wirklich an ihren schwerfälligen Organisationsstrukturen?

Lt Christoph Schmitter, Gren Kp 14